

## Marchfeld-Schnellstraße wird zur Koalitionsfrage

Wegen eines (!) Triel-Brutpaares soll die Marchfeld Schnellstraße nicht gebaut werden. In einem Beschluss haben ÖVP, SPÖ und FPÖ in St. Pölten eine Entscheidung der Bundesregierung eingefordert. FPÖ-Klubchef Udo Landbauer: „Das wird jetzt zur Koalitionsfrage von Schwarz-Grün.“ **S. 13**



Foto: FPÖ Niederösterreich

# Für diese Türkei ist kein Platz in der EU!

FPÖ fordert Schutzmaßnahmen an der Grenze gegen Erdogans Flüchtlingswelle **S. 2/3**



## Schwarz-grüner Anschlag auf die Meinungsfreiheit!

Die Koalition will das deutsche Internet-Zensurgesetz kopieren – **S. 4/5**

### PARLAMENT

#### Klima vor Mensch

Obwohl es auf den Tempo-140-Teststrecken um 50 Prozent weniger Unfälle gegeben hat als auf anderen Autobahnabschnitten, hat die grüne Verkehrsministerin die Tempo-140-Zonen aus „Klimaschutzgründen“ abgeschafft, kritisiert die FPÖ. **S. 6**

### AUSSENPOLITIK

#### In Erdogans Geiselhaft

Die Ursache der vom türkischen Präsidenten organisierten „Flüchtlingswelle“ ist das Scheitern seiner osmanischen Großmachtsträume in Syrien. Deshalb will Erdogan über die „Flüchtlinge“ von der NATO militärischen Beistand und von der EU mehr Geld erpressen. **S. 8/9**

### WIEN

#### Wien zurückholen

Die Wiener Freiheitlichen wollen den Wienerinnen und Wienern ihre Stadt zurückholen. Mit ihrer ersten Plakatkampagne machen sie auf die Folgen der von Rot-Grün verursachten unkontrollierten Einwanderung in die Bundeshauptstadt aufmerksam. **S. 11**

### MEDIEN

#### Die gleichen Bilder

Und wieder, wie schon bei der Massenzuwanderung 2015, bringen Zeitungen und TV-Stationen erneut nur Bilder von „Familien auf Flucht“. Die wenigen Familien werden von ihnen und den mehrheitlich jungen Männern benutzt, um Mitleid zu schinden. **S. 14**



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Österreichs Beitrag zur Nichtwiederholung der Flüchtlingswelle von 2015 sind 19 Polizisten, die ihre ungarischen Kollegen an der Grenze zu Serbien unterstützen.

Ihre hier geliebten Kollegen beneiden diese. Denn die 19 können wirklich Grenzschutz betreiben, weil Ungarn an seiner Staats- und EU-Außengrenze zu Serbien nach 2015 echte Sicherheitsmaßnahmen getroffen hat. Viktor Orbáns Grenzzaun, den der links-grüne „Willkommenskultur“-Verein verspottet und geschmäht hat, hätten wohl alle EU-Länder jetzt gerne.

## Wiederholungstäter

Auch Österreich. Aber die ÖVP hat alle von den Freiheitlichen geforderten Vorkehrungen blockiert und jeden Gedanken daran nach „Ibiza“ über Bord geworfen - und sich zu den Grünen ins Koalitionsbett gelegt, die ihren Traum vom grenzenlosen Europa seit 2015 noch intensiver pflegen.

In den sozialen Netzen rumort die grüne Seele bereits, ob der „Schande für Europa“ an den griechischen Grenzübergängen, aber nicht über die Steine und Molotow-Cocktail werfenden „Kriegsflüchtlinge“. Barbaren, die auch das Leben von Kleinkindern gefährden, indem sie diese als lebende Schutzschilde missbrauchen oder ohne Rücksicht auf diese Schlauchboote versenken, um von den Griechen aus „Seenot“ gerettet zu werden.

Und es sind, wie der ORF-Korrespondent am Montag zugab, nicht Familien mit Kindern, die in Massen Richtung EU-Außengrenze stürmen, sondern ausschließlich junge Männer.

Aber Schwarz-Grün scheinen die Wiederholung von 2015 geradezu herbeizusehnen.

# ÖVP hat aus 2015 überhaupt

Trotz der warnenden Bilder aus Griechenland trifft Schwarz-Grün keine Vorkehrungen

**A**ls würde die Koalition zum Corona-Virus nicht schon genug Dilettantismus an den Tag legen, braut sich an der türkisch-griechischen Grenze das nächste 2015 zusammen. Die FPÖ fordert die Vorbereitung von Grenzsicherungsmaßnahmen und ein Ende der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Seit Tagen versuchen tausende illegale Einwanderer – zumeist aus Afghanistan, Pakistan und nordafrikanischen Ländern – mit Gewalt von der Türkei aus die Grenze nach Griechenland zu durchbrechen oder mit Schlauchbooten auf eine der überfüllten griechischen Inseln überzusetzen. Und das alles auf „Einladung“ des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der damit von der NATO militärische Hilfe und von der EU weitere Milliarden zum „Flüchtlingsdeal“ erpressen will.

## Härte gegen Erdoğan

„Die Migranten, die jetzt vor der Außengrenze stehen, wurden von der Türkei seit Jahren versorgt, und sie sind dort in keiner Weise verfolgt. Es gibt also keinen Grund, sie als Flüchtlinge zu akzeptieren“, trat der freiheitliche Delegationsleiter im Europaparlament, Harald Vilimsky, den ersten Rufen von links-grüner Seite nach Öffnung der EU-Grenzen entgegen.

Zudem gebe es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das bestätige, dass Migranten, die mit Gewalt die Grenze zu überschreiten versuchen, sofort und direkt wieder zurückgeschoben werden können.

„Die EU darf sich von der Türkei nicht länger an der Nase herumführen lassen. Präsident Erdoğan erzeugt künstlich die nächste Migrationswelle. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer und forderte eine Aufkündigung des von Angela Merkel der EU aufgezwungenen Flüchtlingsabkommens zwischen Brüssel und Ankara sowie ein sofortiges Ende der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: „Dem europäischen Steuerzahler ist es nicht zuzumuten, diesen wortbrüchigen Despoten und sein diktatorisches Regime in irgendeiner Weise zu unterstützen.“

Zusätzlich will Hofer, dass die EU das Assoziierungsabkommen mit der Türkei aus dem Jahr 1963 aufkündigen soll, das türkische Staatsbürger in Österreich mit beinahe den gleichen Rechten ausstattet wie EU-Bürger.

## ÖVP verschläft Vorkehrungen

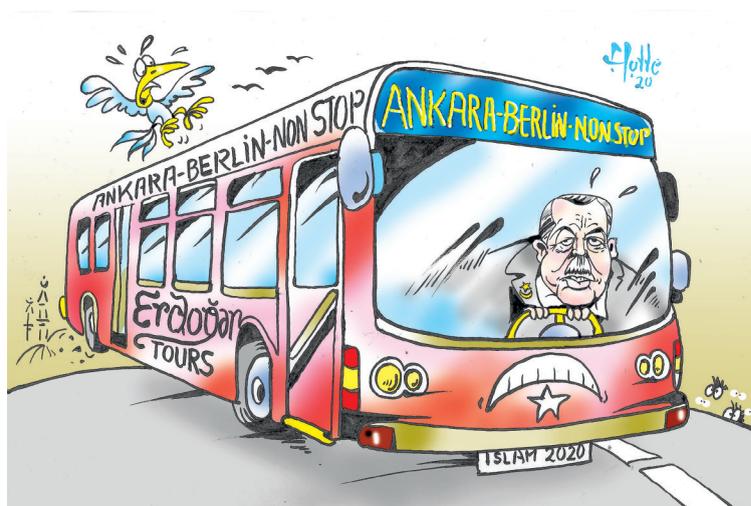
„Wir haben im Koalitionsabkommen klar festgelegt, dass es keine explizit neue Migrationswelle nach Österreich geben soll“, versuchte ÖVP-Innenminister Karl Nehammer Ängste vor einer weiteren Einwanderungsflut nach Österreich zu zerstreuen.



Seit Wochen warnen Norbert Hofer und die FPÖ vor der Wiederholung von 2015. Seit Wochen warnen Norbert Hofer und die FPÖ vor der Erpressungsversuch der Türkei.

Diese Abkommen dürfte Herrn Erdoğan wenig interessieren, bemerkte Ex-Innenminister Herbert Kickl zu den Aussagen seines Nachfolgers, zumal die schwarz-grüne Koalition bisher keine Vorkehrungen gegen eine neue Migrationswelle getroffen habe. „Was bedeutet es, wenn er sagt, dass es ‚kein Durchwinken von Migranten‘ geben wird?“, fragte Kickl, da noch keine Beschlüsse der Bundesregierung vorliegen, wie dieser Wunsch erfüllt werden soll.

Es sei unumgänglich, dass bereits jetzt die Grenzkontrollen verstärkt



SPITZE FEDER Ein Wiederholungstäter am Steuer.

## IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# pt nichts gelernt!

## orkerungen zum Schutz der Staatsgrenzen



Herbert Kickl vor einem neuen Massenansturm nach Österreich. Jetzt sei die schwarz-grüne Koalition vollkommen unvorbereitet.

und die Grenzen dichtgemacht würden, betonte Kickl. Man dürfe nicht zuwarten, bis wieder hunderttausende Einwanderer lauthals Einlass begehren, den sie aufgrund mangelnder Grenzsicherung 2015 dann auch problemlos bekommen hätten.

### Assistenzeinsatz vorbereiten

Für diesen Fall gelte es auch, den Assistenzeinsatz des Bundesheeres vorzubereiten, und den Erlass so zu ändern, dass die Soldaten selbständig Fahrzeuge anhalten und Personen kontrollieren können, forderte der FPÖ-Klubobmann: „Ich weiß,

dass einige Landespolizeidirektionen seit Monaten das Innenministerium ersuchen, diesen Erlass zu ändern. Aber nichts ist geschehen.“

Genauso unverantwortlich sei es von der ÖVP gewesen, die Pläne der türkis-blauen Koalition für einen stabilen Grenzzaun und echte Abwehrmaßnahmen, vergleichbar mit denen Ungarns, zu stoppen. „Dadurch wurde Zeit verloren, die jetzt nicht mehr aufzuholen ist. Und statt die Grenzschutzeinheit „Puma“ auszubauen, haben meine Nachfolger deren Kräfte abgezogen“, kritisierte Kickl.

## KURZ UND BÜNDIG



### Regierungsverweigerung

„Diese Pressestunde war eine reine Farce und passt perfekt zu dieser Bundesregierung, die bisher kein einziges Gesetz auf den Weg gebracht hat“, kommentierte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz (Bild) den Auftritt von ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel. Dessen Weigerung, einmal Details zur „ökosozialen Steuerreform“ oder zu Sachthemen zu nennen, zeigte einmal mehr die Handlungsunfähigkeit von Schwarz-Grün auf. Nur werde man so der aktuellen Lage nicht Herr werden können, warnte Schnedlitz.

### Vom Virus gelähmt?

Nach der Warnung des renommierten Virologen Christian Drosten von der Berliner Charite, wonach künftig in Deutschland hohe Infektionszahlen mit dem neuen Coronavirus zu erwarten seien, forderte FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak (Bild) die Koalition auf, endlich in die Gänge zu kommen: „Jetzt sollte doch begonnen werden, eine umfangreiche rechtzeitige Vorsorge für eine mögliche länger andauernde Infektionswelle zu treffen und die Notfallpläne an das Infektionspotential des Virus anzupassen!“



Foto: Parlamentdirekt.com/Simonis

### Brüssels großer Irrtum

Angesichts der drohenden Wiederholung der Masseneinwanderung von 2015 verharren Schwarz-Grün und Brüssel in einer Schockstarre, wunderte sich die freiheitliche EU-Sprecherin Petra Steger (Bild). Es brauche jetzt sofortige Maßnahmen für einen effektiven Außengrenzschutz, um diesen Sturm abzuhalten. „Wir haben von Anfang an vor diesem ‚Türkei-Deal‘ gewarnt. Es war absolut naiv, sich einem Despoten wie Erdoğan auszuliefern“, kritisierte Steger. Statt der illegalen Einwanderung habe man Politiker wie Kickl, Orbán und Salvini bekämpft, die Europas Grenzen schützen wollen.



Foto: FPÖ

## SPRUCH DER WOCHE

„Eine Situation wie 2015 sehe ich derzeit nicht.“

**Sigrid Maurer, Klubobfrau der Grünen**  
3. März 2020

Hofft Maurer, dass sich Erdogan mit ein paar Milliarden mehr von der EU zufrieden geben wird?

Foto: NEZ



Foto: FPÖ Oberösterreich

**BILD DER WOCHE** Nicht nur Führungsqualität, sondern auch Teamgeist bewies FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz in Ried.

# Eine Kopie des deutschen NetzDG wäre nichts anderes als schlichtweg Zensur!

Die freiheitliche Verfassungssprecherin Susanne Fürst warnt, im Kampf gegen „Hass im Netz“ das deutsche Netzwerkdurchdringungsgesetz (NetzDG) zu kopieren: „Wir Freiheitliche haben in der Regierung diese ÖVP-Pläne noch abgewehrt. Den Grünen aber scheint die Meinungsfreiheit weniger wert zu sein.“

Was stört die Freiheitlichen am Plan der Regierung, gegen den „Hass“ in den sozialen Netzwerken vorzugehen?

**Fürst:** Es ist die Art und Weise, wie das erfolgen soll, nämlich nach dem Vorbild des deutschen Netzwerkdurchdringungsgesetz (NetzDG). Dieses ist ein abschreckendes Beispiel, denn es geht dabei um nichts anderes als um Zensur. Nicht umsonst hat die renommierte Fachzeitschrift „Foreign Policy“ dazu einen Artikel veröffentlicht mit dem bezeichnenden Titel „Deutschlands Online-Razzien inspirieren die Diktatoren der Welt“.

Sie vermuten also hinter der hehren Absicht ganz andere Motive?

**Fürst:** Es geht nicht um den Kampf gegen eine angebliche Verhöhnung der Sprache oder um Beleidigungen, sondern um das Zurückholen der Meinungshoheit, die das Establishment verloren hat. Die Form der Kommunikation in den sozialen Medien hat zu einem gewaltigen Umbruch in der politischen Debatte geführt. Bis vor wenigen Jahren hat man politische Inhalte von den etablierten Medien vorgesetzt bekommen. Durch die sozialen Netzwerke ist es zu einer Überprüfbarkeit dieser Inhalte gekommen, die Medien müssten sich einer Überprüfung durch die Bürger in einem „Realitätscheck“ stellen. Die Dialoge in den sozialen Medien sind ein riesiger Demokratisierungsschub. Politik und etablierte Medien sehen darin aber den Verlust der Deutungshoheit.

Können Sie das einem Beispiel erklären?

**Fürst:** Ab 2015 ist alles, was der Regierungspolitik in der Flüchtlingskrise kritisch gegenübergestanden ist, plötzlich als „Hate speech“, als fremdenfeindlich oder als extremistisch bezeichnet worden. Daher sind die Vorfälle der berüchtigten Kölner Silvesternacht 2015/16 von den Medien zunächst totgeschwiegen worden. Erst nachdem sich Betroffene und Zeugen in den sozialen Netzwerken über die sexuel-

len Übergriffe von Asylwerbern zu Wort gemeldet haben, wurden die 1.200 Strafanzeigen dieser Nacht auch zum Thema in den Medien und für die Politik.

Aber es gibt auch die andere Seite, die der Beschimpfungen und Drohungen.

**Fürst:** Dafür reicht die aktuelle Gesetzeslage aus, die Justiz kann dagegen vorgehen. Aber mit dem NetzDG in Deutschland ist es zu de-

*„Es geht nicht um den Kampf gegen eine angebliche Verhöhnung der Sprache oder um Beleidigungen, sondern um das Zurückholen der Meinungshoheit, die das Establishment verloren hat.“*

mokratischen Tabubrüchen gekommen, die klassische Gewaltenteilung wird durcheinandergebracht. Denn das Vorliegen einer Strafbarkeit wird nicht mehr durch Gerichte bewertet, sondern von den Plattformen selbst in Form einer „Privatisierung der Justizgewalt“. Dabei sind die Betreiber der sozialen Netzwerke einem enormen Druck ausgesetzt, da ihnen im Falle eines Überschens einer „Straftat“ Geldstrafen in zweistelliger Millionenhöhe drohen. Der Druck hat in Deutschland bereits zu einem massiven „Overblocking“ geführt. Das heißt, es werden Beiträge von Bürgern gelöscht, die im legitimen Meinungsaustausch und im Rahmen der gesetzlich garantierten Meinungsfreiheit erfolgt sind. Das ist nichts anderes als staatlich erzwungene Zensur durch Private. Der sind bereits mehrfach Meinungen zum

Opfer gefallen, die dem polit-medialen Mainstream widersprechen, ohne in irgendeiner Form zu Hass und Gewalt aufzurufen. Gelöscht werden etwa islamkritische Artikel liberaler Muslime, Warnungen vor IS-Kämpfern im Flüchtlingsstrom oder auch kritische Haltungen gegenüber der grassierenden Klima-Hysterie. Und bei gemeldeten Fällen werden etwa Geldbußen nicht mehr nur durch unabhängige Richter verhängt, sondern in Deutschland erfolgt das durch das Bundesamt für Justiz, einer Behörde des Justizministeriums.

Sie befürchten also ein ähnliches Klima wie in Deutschland, wo bereits die Mehrheit der Bürger überzeugt ist, dass man eigentlich nicht mehr sagen darf, was man denkt?

**Fürst:** Auf jeden Fall, denn in Deutschland ist schon der nächste Schritt in Planung: Im Internet ausgesprochene Drohungen sollen bis zu dreimal höher bestraft werden als derartige Taten im realen Leben. Daran lässt sich erkennen, dass die Moral der Mächtigen den Rechtsstaat immer mehr verdrängt.

Eine gefährliche Entwicklung, an der anscheinend auch die schwarz-grüne Koalition Gefallen gefunden hat.



Thema  
der  
Woche

So erpicht die Grünen auf die Mensc

## Schwarz- Statt „Hass im Netz“ will

Weshalb haben Venezuela, Vietnam, Russland, Weißrussland und Honduras als erste das deutsche Gesetz gegen „Hass im Internet“ übernommen? Weil mit diesem die Meinungsfreiheit der Bürger am einfachsten beschnitten werden kann. Die massenhaft ungerechtfertigten Löschungen und Sperren in Deutschland sollten Österreich eine Warnung sein.

Am 30. Juni 2017 verabschiedete der deutsche Bundestag das Wortungetüm „Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken“ (NetzDG) in einem fast leeren Bundestag, denn die meisten Angeordneten ließen sich wegen der zuvor beschlossenen „Ehe für alle“ von den Medien feiern.

### Verfassungswidriges Gesetz

Dabei hatten in einer Anhörung am 19. Juni 2017 sieben der zehn geladenen Sachverständigen den Gesetzesentwurf für „verfassungswidrig, europarechtswidrig“ erklärt, hielten „schwerwiegende Grundrechtseingriffe für denkbar“, und sahen das Gesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zerschellen, weil der sich „seine

## Article 10

has the right to expression. This include freedom to and to receive information and interference by ty and regardless This Article shall ates from requir- sng of broad- sion or cinema

## Article 10

1. Toute personne a droit à la liberté d'expression. Ce droit comprend la liberté d'opinion et la liberté de recevoir ou de communiquer des informations ou des idées sans qu'il puisse y avoir ingérence d'autorités publiques et sans considération de frontière. Le présent article n'empêche pas les Etats de soumettre les entreprises de radio-diffusion, de cinéma ou de télé-

## Artikel 10

(1) Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, daß die Staaten Rundfunk-, Lichtspiel- oder Fernsehunter-

henrechte sonst sind, so willig wollen sie die darin verankerte Meinungsfreiheit in ihrem Kampf gegen „Hass im Netz“ opfern.

# -grüne Zensurpläne für's Internet

## Schwarz-Grün die Meinungsfreiheit bekämpfen – mit dem Lieblingsgesetz der Diktatoren

Rechtsprechung zur Meinungsfreiheit nicht vom Netzwerkdurchsetzungsgesetz faktisch einebnen lassen“ werde.

Auch Warnungen, dass „Facebook“ damit „Richter über die Meinungsfreiheit“ sein und das Gesetz „die Meinungs- und Pressefreiheit“ bedrohen werde, ließen die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD ungerührt.

„Die massenhafte Verlagerung dieser Entscheidungsbefugnis in die Löschkzentren der Internet-Riesen, wo nicht hinreichend geschulte Kräfte auf Mindestlohnbasis im Sekundentakt die freie Rede exekutieren, ist eines Rechtsstaates un-

würdig“, bemerkte der Hamburger Medienanwalt Joachim Steinhöfel damals.

### Meinungsfreiheit nur für Reiche?

Steinhöfel hat sich inzwischen zum gefürchteten Verteidiger für Bürger, die von dieser Zensur zum Schweigen gebracht werden sollten, aufgeschwungen. So musste auf sein Betreiben der Staatsminister im Außenministerium auf Twitter die Blockade eines Reporters der „Jerusalem Post“ aufheben. Der Journalist hatte seine Sperre auf „Twitter“ mit einem kritischen Bericht über den Amtsinhaber „verschuldet“.

Steinhöfel mahnte – bisher vergeblich – eine Stärkung der Rechte der Nutzer gegenüber den Netzbetreibern bei Sperrungen und Löschungen ein: „Bislang ist die Durchsetzung der Rechte nur schwer und nur mit hohem finanziellen Aufwand und Risiko möglich.“

Für ihn ist das Gesetz eine „direkte Attacke auf die Meinungsfreiheit“. Denn es habe sich seine 2017 geäußerte Befürchtung bestätigt, dass aufgrund nicht legal definierter Begriffe wie „Hasskriminalität“ oder „strafbare Falschnachrichten“ eine Gefahr eines über Gebühr ausgedehnten Anwendungsbereichs der Sanktionen des NetzDG gegen jede abweichende Meinung drohe: „Die aktuelle Praxis zeigt massenhaft, dass diese Bedenken begründet sind.“

Rein rechtlich gebe es in Deutschland noch die Meinungsfreiheit. Aber wirklich erforderlich sei auch, dass das Gemeinwesen abweichende Meinungen toleriere, ohne dass Personen dafür mit finanziellen, beruflichen oder sozialen Nachteilen oder gar tätlichen Angriffen auf sich rechnen müssten. Aber all dies geschehe jetzt fast täglich in Deutschland, urteilt Steinhöfel über den „Erfolg“ des NetzDG.

Österreich sei von derartigen Bestrebungen bisher verschont geblieben, weil Freiheitliche der Regierung angehört haben, erläutert FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst. Denn diese „wahnwitzigen Pläne“ seien schon damals vorgelegt worden, erinnert sich die Linzer Juristin: „Und natürlich alles unter Obhut der ÖVP.“

### Demokratiefeindliche Pläne

So sei vorgesehen gewesen, dass die Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) den Vollzug des Gesetzes überwachen und Strafen verhängen sollte, erklärte die FPÖ-Verfassungssprecherin: „Praktischerweise wird der dafür zuständige Geschäftsführer der RTR vom Kanzleramt eingesetzt.“

Die Organisation „Freedom House“, die seit 1973 Indizes zu Freiheit und Demokratie erstellt, hat recherchiert, dass von den 13 Staaten, die das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz de facto übernommen haben, gerade einmal drei als „freie“ Demokratien zu bezeichnen sind. Der Artikel, der in der renommierten Fachzeitschrift „Foreign Policy“ erschienen ist, trug den bezeichnenden Titel: „Deutschlands Online-Razzien inspirieren die Diktatoren der Welt“.



Kurz und Justizministerin Zadic treiben das Zensurgesetz voran.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

In der letzten Sitzung fasste der Nationalrat widersprüchliche Beschlüsse in zwei Immunitätsangelegenheiten zu den beiden Grün-Abgeordneten David Stögmüller und Michel Reimon, obwohl der Vorwurf an beide der gleiche war.

## Grüne Willkür

Erstaunlicherweise kam der Nationalrat mit den Stimmen der Koalition zum Ergebnis, dass dieser Sachverhalt bei Stögmüller – er war damals Bundesrat – einen politischen Zusammenhang aufweise, bei Reimon – damals ohne Mandat – hingegen nicht. Dass sich beide im Wahlkampf befunden hatten, spielte keine Rolle.

Das ist ein schwerer Fehler, denn laut dem Einföhrungserlass des Justizministeriums aus 1979 unterliegt eine vor Beginn der Abgeordneteneigenschaft begangene strafbare Handlung grundsätzlich der Immunitätsregelung. Der Nationalrat hat den Immunitätsschutz daher immer für Verhaltensweisen zuerkannt, die von gewählten Mandatären im Zuge des Wahlkampfes begangen worden sind.

Was die Grünen dazu bewogen hat, einen ihrer eigenen Abgeordneten völlig unsachlich zu diskriminieren, ist ungewiss. Jedenfalls war Reimon – im Gegensatz zu Stögmüller – ein Kritiker der Koalition mit der ÖVP.

Nimmt man diese Entscheidung ernst, wäre das ein Präjudiz in zweifacher Hinsicht: Zum einen wären Handlungen während eines Wahlkampfes nicht mehr geschützt, zum anderen wäre der politische Zusammenhang immer zu bejahen, wenn im Tatzeitpunkt eine Abgeordneteneigenschaft vorliegt. Der Freiheitliche Parlamentsklub hat sich daran nicht beteiligt.

## VERTEIDIGUNGSPOLITIK

### Heer an Grenze – Heer in Not

Am Montag haben ÖVP-Bundeskanzler Kurz und seine Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Sicherung der Grenze durch das Heer beschworen. Tags darauf klang das im Verteidigungsausschuss wieder ganz anders. Dort beklagte Tanner die „dringenden budgetären Erfordernisse“ und sprach von einem „massiven Investitionsrückstau“ beim Bundesheer, denen es zu begegnen gelte, damit das Heer die aktuellen Herausforderungen bewältigen könne.



## SOZIALPOLITIK

### Einheitliche Sozialhilfe

Die FPÖ hat am Montag im Sozialausschuss erneut einen Entschließungsantrag eingebracht, dass die vom Verfassungsgerichtshof unbeanstandeten Teile des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes (Sozialhilfe-Neu) umgesetzt und von den Ländern die ausständigen Ausführungsgesetze eingemahnt werden.

# Grüne Politik gefährdet Gesundheit der Autofahrer

## Freiheitliche Kritik an der Aufhebung der Tempo-140-Zonen

**N**ach zwei Monaten im Amt ist das einzige Ergebnis grüner Verkehrspolitik die unnötige Einstellung des erfolgreichen Tempo-140-Tests – obwohl es nachweislich weniger Unfälle gab.

Trotz der positiven Bilanz dieser von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer initiierten Maßnahme habe die neue Ministerin Leonore Gewessler das Projekt gestoppt, um parteipolitisches Kleingeld zu wechseln, kritisierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker die bisherige Bilanz der grünen Verkehrsministerin.

### Weniger Unfälle

In den beiden Testabschnitten auf der Westautobahn (A1) habe sich die Verkehrssicherheit erhöht,



Tempo-140-Erfolg: Halb soviele Unfälle auf den Teststrecken.

es gab einen Rückgang der Unfälle mit Personenschäden um rund die Hälfte, erinnerte Hafenecker: „Alleine diese Zahlen zeigen, dass die grüne Ministerin zwar auf der

Klimaschutz-Welle dahinsurft, verkehrspolitisch allerdings als Geisterfahrer unterwegs ist. Die ‚Klimaretterung‘ zählt mehr als die Gesundheit der Autofahrer.“

# Vergessene Pflicht der Sozialpartner

Klare Worte fand FPÖ-Frauensprecherin Rosa Ecker zum Antrag der SPÖ im Nationalrat vergangener Woche zur Einkom-



menstransparenz: „Der Lohnunterschied sitzt im Kinderwagen. Laut Agenda Austria verdient eine Mutter zehn Jahre nach der Geburt um ein Drittel weniger, als wenn sie kinderlos geblieben wäre.“

Sie kritisierte deshalb die mangelnde Unterstützung der Frauen durch Betriebsrat und Gewerkschaft zur Bekämpfung der geschlechterspezifischen Gehaltsunterschiede: „Ich stelle jedoch die durchaus provokante Frage in den Raum: Wer nimmt endlich die Sozialpartner in die Pflicht, bessere Kollektivverträge für genau jene Berufssparten zu verhandeln, die vor allem von Frau-

en ausgeübt werden?“

Ein wesentlicher Aspekt werde bei der gesamten Diskussion zu Einkommenstransparenz, Kindererziehung, Teilzeitarbeit aber auch Lohnschere vergessen, führte Ecker an. Viele Frauen würden ihre Kinder erziehen oder Angehörige in der Familie pflegen: „Diese Zeiten werden von den Frauen ehrenamtlich als Dienst an der Gesellschaft und der Familie erbracht. Würden jedoch alle Frauen Vollzeit arbeiten, so müssten wir für alle diese Kinder und Menschen Fremdbetreuung benötigen. Abgesehen von den Kosten – wollen wir das wirklich?

# Mehr Verursacher als Manager der Krise

## Freiheitliche kritisieren das „Krisenherbeiführungs-Management“ der Bundesregierung

**N**icht vom Coronavirus selbst, sondern von Schwarz-Grün gehe die größere Gefahr für die Bevölkerung aus, konstatierten die Freiheitlichen zur Informationspolitik und den – viel zu spät - getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung.

Auf heftige Kritik der Freiheitlichen stieß das Krisenmanagement der schwarz-grünen Koalition bei der letztwöchigen Parlamentssitzung.

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl wies die Angriffe von ÖVP-Innenminister Karl Nehammer gegen die FPÖ zurück und erklärte, dass der Minister damit nicht von seinen Defiziten bei der Krisenbewältigung ablenken könne: Man müsse die Polizeibeamten vor einem Minister Karl Nehammer schützen.

Denn Nehammer habe die Beamten im Burgenland mit alten Vogelgrippe-Schutzmasken ausgestattet, die bereits 2010 abgelaufen seien – aber gleichzeitig wurden 100.000 Masken nach China geschickt. „Dies ist eine Verhöhnung

unserer Polizisten“, empörte sich Kickl.

### Heilloses Durcheinander

Der Umgang der Koalition mit dem „Corona-Fieber“ habe erst zur Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Es gebe keine klare Struktur, keine Koordination und keine Information, sondern nur heilloses Durcheinander bei den Kompetenzbereichen, führte Kickl an: „Informationspolitik heißt nicht, dass möglichst viele unterschiedliche Personen zu möglichst vielen unterschiedlichen Zeiten in möglichst viele unterschiedliche Mikrofone sprechen. Gesundheitsminister Rudolf Anschober ist nach Justizministerin Alma Zadic offensichtlich das nächste Opfer des ÖVP-Pro-



Kickl kritisierte scharf das Krisenmanagement der Koalition.

jekts ‚betreutes Regieren‘.“

Mehr Gefahr durch die Informationspolitik der Regierung als durch das Virus selbst machte auch FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak aus: „Die jüngste ausführliche Stellungnahme des Gesund-

heitsministers hätte aber schon vor vier Wochen erfolgen müssen, nachdem die ersten Verdachtsfälle in Österreich auftraten.“ Diese Lücke hätten dann die Medien mit Spekulationen, Halbwahrheiten und Unwissenheit gefüllt.

# Lkw-Abbiegeassistenten: Wo bleibt das Gesetz?

Nach dem tragischen Tod eines Buben, der in Wien von einem abbiegenden Lkw tödlich verletzt worden war, lud der damalige FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer zu einem Sicherheitstreffen. Dabei wurde unter anderem ein Fördermodell zum freiwilligen Einbau von Assistenz-Systemen beschlossen.

Die Reaktion der Grünen war damals vorhersehbar: realitätsfremde Symbolpolitik, Abschieben der Verantwortung an die Gemeinden, Einknicken vor der Transitlobby. Der den Grünen nahestehende Initiator der Petition für die gesetzliche Verpflichtung des Lkw-Abbiegeassistenten ging sogar so weit und meinte: „Das nächste tote Kind geht auf Sie, Herr Hofer!“

Kaum wurde eine Grüne Verkehrsministerin, ist es auch schon verdächtig ruhig geworden zu dem damals sehr emotional debattierten Thema. Deshalb will FPÖ-Bundesparteiobermann Norbert Hofer nun von der neuen „Superministerin“ Gewessler wissen, wann nun endlich der Lkw-Abbiegeassistent ver-



Bisher keine Verpflichtung.

pflichtend eingeführt wird: „Die Argumente dafür liefert Gewessler Parteifreundin, die Innsbrucker Vizebürgermeisterin Uschi Schwarzl. Diese Expertin wusste bereits im Vorjahr: ‚Wir haben etliche nicht europaweit einheitlich geregelte Regelungen im Straßenverkehr – Tempo, Gurten- und Kopfstützenpflicht etc. – und just da, wo es um eine Regelung zulasten der Schwerverkehrslobby ginge, soll das nicht gehen?‘“

Weshalb die verpflichtende Verschreibung des Lkw-Abbiegeassistenten noch immer nicht geht, will jetzt Hofer von der Ministerin per Anfrage erfahren.



Michael Schnedlitz  
FPÖ-Generalsekretär

**Stammtisch  
der FPÖ-Favoriten**  
mit Gastredner Michael Schnedlitz



**Dienstag**  
**10.**  
März 2020

**um 18:30 Uhr**  
**Gasthaus Nepomuk**  
Troststraße 60, 1100 Wien

Auf Euer Kommen freut sich die FPÖ-Favoriten!



Harald Vilimsky

## EU muss Grenzen schließen können

Die EU ist auf Masseneinwanderung heute so schlecht vorbereitet wie 2015. Der Grund: Die Grenzen sind offen, Außen- wie Binnengrenze zwischen den EU-Staaten. Die Außengrenzen deshalb, weil jeder, der kommt, einen Asylantrag stellen darf (und dann – egal, wie dieser entschieden wird, zumeist auch bleibt). Die Binnengrenzen, weil man laut Schengen-Abkommen dort nicht mehr kontrollieren darf (obwohl man uns dafür eigentlich sichere Außengrenzen versprochen hatte).

Wer ernsthaft gegen einen Massenansturm vorgehen will, wie er aus der Türkei droht, muss diese Regeln ändern – oder ignorieren. Griechenland hat angekündigt, für einen Monat keine Asylanträge mehr annehmen zu wollen. Auf die rechtliche Debatte darüber darf man gespannt sein. Jedenfalls schlägt sich Griechenland bisher wacker, den zum Teil gewaltsamen Migranten einen Übertritt zu verwehren.

Die EU braucht die Möglichkeit für die Schließung der Außengrenze bei einem Massenzustrom, für die Schließung (nicht nur Kontrollen) auch von Binnengrenzen und die Möglichkeit der Einreiseverweigerung, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat kommt (was an allen Grenzen, die keine Außengrenzen sind, sowieso der Fall ist).

In all diesen Fragen ist seit 2015 genau nichts passiert. Wenn Grenzen nicht auch geschlossen werden können, sind sie keine Grenzen.

## Frankreich von den Islamisten zurückerobert

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat neue Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Islam in Frankreich angekündigt: Er wolle den „islamistischen Separatismus“ bekämpfen und eine „republikanische Rückeroberung“ der „No-Go-Zonen“ anführen, also die staatliche Kontrolle über die Moslem-Ghettos wiedererlangen.

Das verkündete Macron im elsässischen Mülhausen (Mulhouse), wo im Vorjahr der 22-Millionen-Euro-An-Nour-Moscheekomplex mit Bibliothek, einer privaten Islamschule und einem Schwimmbad eröffnet worden war, hauptsächlich finanziert über das qatarische Regime, das mehr als 14 Millionen Euro dafür „spendete“.

Die mit der Regierung verbundene Organisation „Qatar Charity“ fördert mit Erdöl-Millionen für ein islamistisches Netzwerk in Europa. Das Ziel: Europas Moslems sollen das islamische Rechtsverständnis (Scharia) über die geltende Rechts-

ordnung stellen. Das haben im Vorjahr zwei französische Journalisten anhand von zugespielten Papieren nachgewiesen.

Und hier will auch Macron ansetzen und ausländische Einflüsse in Schulen und Gotteshäusern abstellen, den moslemischen Gottesdienst gemäß den Prinzipien des Säkularismus und des französischen Rechts reformieren und den Kampf gegen den Islamismus verstärken, um wieder Kontrolle über alle Teile Frankreichs zu erhalten.



Die 22-Millionen-Euro-Moschee.

# Europa als Geisel in osmanischen Welt

Der türkische Staatspräsident scheint auch einen



Erdogan benutzt die Migrantenmassen, um der EU und der NATO seinen Willen, Frauen und Kleinkindern die Runde machen, sind auf griechischen und

Nach den ersten Rückschlägen bei seiner Syrien-Invasion und den ersten toten türkischen Soldaten will der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan EU und NATO deren Beistand abpresen: Die ersten tausend der rund drei Millionen Syrien-Flüchtlinge wurden an die Grenze zu Griechenland und Bulgarien gekarrt.

Am 19. Oktober des Vorjahres ließ Erdogan die türkische Armee im Norden Syriens in die von den kurdischen Milizen (YPG) kontrollierten Gebiete einmarschieren. Die Kurden, die zuvor den „Islamischen Staat“ in dieser Region besiegt hatten, waren dem türkischen Staatspräsidenten ein Dorn im Auge, zumal er als Folge dieses militärischen Erfolges erneute Autonomiebewegungen in den türkischen Kurdengebieten im Osten des Landes befürchtete.

### Erdogans Syrien-Invasion

Als Speerspitze benutzte die türkische Armee islamistische Verbände, die nach der Befreiung ihrer Brüder aus kurdischen Gefangenenlagern die vereinbarte „Waffenruhe“ nutzten, um Kriegsverbrechen an der kurdischen und christlichen Zivilbevölkerung zu begehen.

Nach den jüngsten militärischen Erfolgen des von Russland unterstützten Regimes von Baschar al-Assad machte sich dessen Armee auch zur Rückeroberung des von den Türken besetzten Gebietes auf.

33 türkische Soldaten kamen dabei bei einem syrischen Luftangriff in Idlib ums Leben.

Um seiner Forderung an die NATO, den Bündnisfall – also den militärischen Beistand im „Angriffsfall“ – auszurufen, drohte Erdogan den Europäern mit der Öffnung der Flüchtlingslager. Eine Drohung, die er letztes Wochenen-



Freie Fahrt vom syrischen Idlib bis nach Europa. Türkische Staatsfernsehen den Migranten

# In Erdogans Macht-Phantasien

Krieg mit Russland in Kauf nehmen zu wollen



Willen aufzuzwingen. Während in den heimischen Medien Bilder von Familien arabischen Handy-Videos in erster Linie junge Männer zu sehen.

de in die Tat umsetzte und einige tausend Syrer, Afghanen, Palästinenser und Nordafrikaner in das Grenzgebiet zu Griechenland und Bulgarien zu karren. Im Staatsfernsehen wurden die „Anreise-Routen“ in arabischer Sprache geschildert und skizziert.

## Erdogans Großmachtträume

In diesem erneuerte Erdoğan auch seine osmanischen Machtphantasien, von einem türkischen Reich, das im Westen bis nach Skopje (Mazedonien) und im Süden bis nach Tripolis (Libyen)

reicht: „Die Türkei in den heutigen Grenzen ist zu klein, sie ist in Wirklichkeit größer. Die Türkei ist dort, wo Türken leben!“

Auf Landkarten, die Erdogan AKP verteilt, ist diese „neue Türkei“ dargestellt, mit bereits eingegliederten Territorien im Nahen Osten wie in Europa. Die nördlichen Teile Syriens und des Iraks, die Kurdengebiete der beiden Länder, werden sowieso als natürliche Einfluss-Sphäre Ankaras gesehen.

Dass man dabei auch einen Krieg mit Russland in Kauf nehmen, sprach Erdogans Berater Mesut Hakki Casin ungeniert aus: „Wir haben in der Vergangenheit 16 Mal gegen Russland gekämpft, wir werden es wieder tun, unsere Rache wird ziemlich schrecklich sein.“ Auch das sollten EU und die NATO bedenken.

Die Griechen haben jedenfalls genug vom europäischen Zaudern und Zögern: Sie haben die Grenzen zur Türkei dichtgemacht. Auf Lesbos haben Einwohner ein „Flüchtlingsboot“ abgewiesen und wurden dafür von EU-Medien prompt als „Rechtsextremisten“ beschimpft: Es sind aber dieselben Menschen, die von den EU-Medien 2015 für ihre Hilfe noch gefeiert wurden. Die Griechen haben genug von der islamischen Invasion.



ch Berlin und Paris signalisiert das ten.

## KURZ UND BÜNDIG



### Athen sperrt Grenze

Griechenlands Regierungschef Kyriakos Mitsotakis (Bild) hat bekräftigt, dass es von der Türkei aus keine illegalen Grenzübertritte nach Griechenland geben werde: „Es wird niemand illegal passieren. Griechenland kann nicht erpresst werden und lässt sich nicht erpressen.“ In Richtung Europa, von wo aus Kritik an der Grenzsicherung der Griechen laut wurde, bemerkte Mitsotakis: „Griechenlands Grenzen sind auch Europas Grenzen.“ Damit keine illegalen Einwanderer mehr in die überfüllten Lager kommen, nimmt Athen auch einen Monat lang keine neuen Asylanträge mehr an und schickt jene, die illegal eingereist sind, derzeit umgehend zurück in die Türkei.

### Wieder Patt in Israel?

Die Likud-Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu (Bild) ist laut übereinstimmenden Prognosen bei der dritten Parlamentswahl innerhalb eines Jahres in Israel stärkste Kraft geworden. Nach einer Auszählung von rund 28 Prozent der Stimmen kam der Likud auf rund 29,1 Prozent, das „Bündnis Blau-Weiß“ von Herausforderer Benni Ganz erhielt rund 23,3 Prozent. Der Likud und seine bisherigen Koalitionspartner kamen den Prognosen zufolge auf 60 Sitze, Ganz und seine Verbündeten dürften auf 52 bis 54 Mandate kommen. Für eine Regierungsmehrheit sind mindestens 61 von den 120 Mandaten im Parlament nötig.



## Das Virus hat auch die Wirtschaft angesteckt

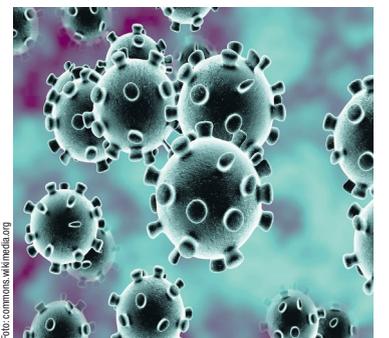
Das Coronavirus könnte nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Weltwirtschaft schwer treffen: Sollte sich die Lage in den bereits betroffenen Ländern nicht rasch bessern und immer weitere Länder von dem Virus befallen werden, dann könnte das Weltwirtschaftswachstum dieses Jahr auf eineinhalb Prozent und damit auf die Hälfte des erwarteten Wertes fallen. Diese düstere Prognose gab die OECD vergangenen Montag bekannt.

Alle 20 führenden Industrie- und Schwellenländer sind wirtschaftlich betroffen. Je stärker die Verbindungen zu China seien, desto stärker seien auch die Auswirkungen – etwa in Japan, Südkorea und in Australien. Aber auch in Europa, wo jeden Tag immerhin Waren im Wert von einer Milliarde Euro aus China ankommen – im Normalfall.

Allein die beiden großen Reedereien Cosco und Maersk haben in den vergangenen vier Wochen

150 Containerschiffe nicht auslaufen lassen – wegen der fehlender Fracht aus China. Ein solches Schiff braucht rund sechs Wochen nach Europa.

Laut Berechnungen der Industriellenvereinigung soll der durch das Virus bedingte Verlust Österreichs im Handel mit China 569 Millionen Euro betragen. Dies entspricht 0,15 Prozent der Bruttowertschöpfung im Jahr 2020 – und das dürfte zu einem spürbarem Verlust beim Wachstum führen.



Vor ihm zittern die Ökonomen.

TERMINE

**März 7** **Preisschnapsen in St. Ägidi**

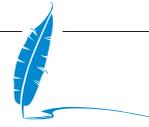
**März 11** **Stammtisch der FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 11. März 2020, zum Stammtisch mit LandesparteiSekretär Michael Stumpf in ihr Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.30 Uhr.

**März 14** **Preisschnapsen in Münzkirchen**

**April 4** **Seniorenausflug der FPÖ Favoriten**

LESER AM WORT



**Auf linkem Auge blind?**

Bei der Beobachtung und Verfolgung der extremistischen Szene sollte man auf keinem Auge blind sein. Linksextreme vertreten eine genauso faschistische Ideologie wie die Nazi-Schreihäule. Sämtliche extremen Strömungen sind rigoros abzulehnen. Das Vokabular der Instrumentalisierung in einer Demokratie, ganz gleich wo das Pendel gerade hinschlägt, lässt keine friedliche Weitsicht erkennen, sondern fördert in der Gesellschaft das Spaltungs-Virus.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



zu 40 Prozent Ausländer tatverdächtig sind, obwohl diese Personengruppe nur 16,7 Prozent der Bevölkerung ausmacht; oder, dass die Haftanstalten hierzulande überproportional mit Ausländern belegt sind; oder, dass schon viele staatliche Einrichtungen vor den Forderungen von Ausländern einknicken und sich beugen, anstatt unsere Sitten und Gebräuche zu verteidigen? Diese Fragen ließen sich noch lange fortsetzen, aber es ist zu befürchten, dass viele angeblich „wahre Demokraten“ die durch die Immigration verursachten Probleme einfach nicht sehen wollen.

Helmuth Weiss, Dürnstein

**Hausverstand**

Es sind nicht die Mobiltelefone im Bad, die zur tödlichen Falle werden, sondern es ist die Dummheit der Menschen. Wer sein Telefon im Bad zum Aufladen ans Stromnetz steckt, hat wohl vergessen, dass dort 240 Volt sind, die natürlich zum Tod führen können. Kinder sollten eigentlich von ihren Eltern diesbezüglich aufgeklärt werden. Aber Hausverstand und Allgemeinbildung sind heute nicht mehr gefragt. Wichtig ist nur, dass alle Schüler auf das gleiche Niveau gebracht werden – auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Leistung und Tüchtigkeit sind der Feind der selbsternannten Gleichheits- und Gender-Fanatiker.

Stephan Pestitschek, Strasshof

**Unnötige Risiken**

Seit Wochen sucht das Coronavirus China heim, jetzt ist es auch in Europa angekommen. Immer noch schaut die türkis-grüne Regierung zu und erntet von den Bürgern Unverständnis, warum immer noch Chinesen nach Österreich fliegen können und so das Ansteckungsrisiko unnötig hochhält. Um die Sicherheit zu erhöhen, sollten endlich die Grenzen scharf kontrolliert werden – auch wegen der anhaltenden illegalen Einwanderung.

Herwig Leibinger, Wien



**Unter Generalverdacht**

Die fatale Folge der Tat von Hanau könnte sein, dass sich künftig viele Menschen nicht mehr vertrauen, die Wahrheit zu sagen, weil sie, nicht zu Unrecht, befürchten, deswegen einer rechtsextremen Einstellung bezichtigt zu werden. Ist es aber wirklich rechtsextrem, wenn jemand darauf hinweist, dass bei allen Straftaten des Jahres 2019

**Grenzschutz**

Natürlich kann man die Grenze eine zeitlang schließen. Die Politiker müssen nur wollen. Man sollte nicht vergessen, es geht ums Überleben unserer Werte und unserer Kultur. Dass Linke und Grüne ein sozialistisches System mit Hilfe der Migranten wollen, ist ja nicht neu.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue **Freie** Zeitung

**BESTELLSCHHEIN**

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

**Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):**

Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.  
\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

## WIEN



# Freiheitliche starten in den Wien-Wahlkampf 2020

Erste Plakatkampagne: „Holen wir unser Wien zurück!“

Ab sofort befindet sich die Wiener FPÖ im Wahlkampf, denn es geht um die Zukunft dieser Stadt“, läutete FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp zusammen mit Wahlkampfleiter Harald Vilimsky den Start in die Wahl-Auseinandersetzung ein.

Seit dem Wochenende prägen die FPÖ-Plakate mit dem Wahlspruch „Holen wir unser Wien zurück“ samt den Zusätzen „Keine Gnade für ausländische Kriminelle“, „Kein Platz für Islamisten und Fanatiker“ sowie „Keine Sozialgeschenke für ausländische Abkassierer“ das Stadtbild der Bundeshauptstadt – sehr zum Ärger von Rot-Grün, wie die ersten Vandalismus-Akte zeigen.

## Rot-grüner Ausverkauf Wiens

„Die FPÖ nimmt die Herausforderung gegen einen völlig überforderten SPÖ-Bürgermeister Ludwig



Nepp und Vilimsky: FPÖ will den Wienern ihre Stadt zurückholen.

an, der jetzt alles verspricht, was er die letzten Jahre an der Macht nicht anzugehen gewagt hat“, erläuterte Nepp die Reaktion der FPÖ auf den „Nicht-Wahlkampfauftakt“ der SPÖ in der Woche zuvor.

Die SPÖ und Ludwig tragen die Verantwortung dafür, dass bereits 43 Prozent der Wiener Bevölkerung Migrationshintergrund haben und ganze 30 Prozent keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Anhand der aktuellen Geburtenentwicklung lasse sich berechnen, dass bereits in rund fünf Jahren die Wiener zur Minderheit in der eigenen Stadt werden, betonte Nepp: „Daher ist unsere klare, unmissverständliche, freiheitliche Ansage für die Zukunft: Holen wir unser Wien zurück! – Dafür braucht es eine starke FPÖ, denn wir sind die einzige Heimat-Partei, die sich verlässlich für die Wiener einsetzt.“

## Auch in Wien nur türkise Mogelpackung

Die Kandidatur von ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel als Spitzenkandidat der Wiener Landes-ÖVP bezeichnete der geschäftsführende Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp als verspäteten Faschingsscherz, da dieser „eine reine Mogelpackung“ für die Wiener Wähler darstelle: „Blümel wird nach der Wien-Wahl Finanzminister bleiben. Das zeigt, dass die Anliegen der Wienerinnen und Wiener der Volkspartei weiterhin völlig egal sind.“

Wer in Wien die ÖVP wähle, werfe seine Stimme für eine „tief-schwarze Altpartei“ weg, warnte Nepp. Die ÖVP habe sich schon problemlos ins Bett mit der SPÖ

gelegt, weil sie schon lange Teil des „rot-grünen Wiener Systems“ sei, mühsam übertüncht mit türkis-schwarzer Tarnfarbe.

Nepp verwies darauf, dass Kurz und Blümel in Sachen Mindestsicherung vor Rot-Grün in die Knie gegangen seien und deren Modell unangetastet ließen, das noch mehr Einwanderung in das Sozialsystem gebracht habe: „Blümel ist damit der erste Unterstützer eines Förderprogramms für tschetschenische Großfamilien.“

Die FPÖ sei somit die einzige Wien-Partei, die sich ehrlich und verlässlich für die Wiener einsetze, betonte Nepp: „Holen wir unser Wien zurück!“



Blümel und Kurz: Die türkise Mogelpackung für die Wiener.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Vor kurzem twitterte mein Fast-Namensvetter, der böse Wolf im ORF, drauflos und meinte, die Parteienförderung für die FPÖ möge eingestellt werden. Er ist ja immer gut für ein paar liebe Worte über die Blauen.

## GIS-Tour

Und als ich ein paar Tage drauf nach einem Abend im Theater an der Wien noch auf ein Achterl in ein Beisel am Naschmarkt ging, lief dort der Fernsehapparat und ich wurde Zeuge eines hinterfotzigen Fouls in den TV-Nachrichten.

Im unantastbaren Text zu einer Meldung war da die Rede „vom einstigen Chef und vom Noch-Chef der FPÖ“. Vom Noch-Chef. Damit ist der Norbert Hofer gemeint, und man kann gar nix sagen gegen die Formulierung. Er ist ja der Chef, und falsch ist es auch nicht, wenn man „noch“ dazu sagt. Ewig wird er's ja nicht bleiben. Wir alle, auch Herr Wrabetz, sind endlich.

Aber die gar nicht so feine Klinge des Staats-TV hat halt so ihre Tücken. Man meint auf dem Küniglberg, dass steter Tropfen den Stein höhlt.

Das stimmt sogar. Doch es höhlt den eigenen Stein, auf dem der Küniglberg sitzt. Die Leut pfeifen nämlich langsam auf die GIS. Und das tut der ORF möglicherweise auch bald, nämlich – vielleicht in Gis-Dur – aus dem letzten Loch.

## STEIERMARK



## Alarmierende Entwicklung

Die Kriminalstatistik des Innenministeriums fördert alarmierende Zahlen zutage. So wurden im Jahr 2019 in der Steiermark 52.986 Delikte gezählt – knapp 2.500 mehr als im Vorjahr. „Alleine in der Landeshauptstadt Graz gab es mehr als doppelt so viele Verbrechen wie im gesamten Burgenland“, zeigte sich FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek erschüttert und forderte eine Aufstockung des Personals wie auch der Ressourcen, damit dieses Arbeitspensum bewältigbar ist und auch Zeit für die Aufklärung der begangenen Verbrechen bleibt.

## OBERÖSTERREICH



## Neuer RFJ-Obmann

Damit sich der Eferdinger Bezirksjugendobmann Silvio Hemelmayer auf seine Aufgaben als geschäftsführender Landesjugendobmann konzentrieren kann, wurde David Aichinger aus Hartkirchen zum geschäftsführenden Bezirksobmann des RFJ-Eferding gewählt. Der neue Obmann leistet aktuell seinen Präsenzdienst ab.



David Aichinger

## STEIERMARK



## Asylmärchen

Wie die Freiheitlichen mittels einer Anfrage an Asyllandesrätin Doris Kampus (SPÖ) in Erfahrung bringen konnten, beliefen sich die Ausgaben für das Asylwesen 2019 auf insgesamt 30,797 Millionen Euro. Das ist weniger als im Vorjahr, allerdings noch immer um mehr als 13 Millionen Euro über den Kosten des Jahres 2011. Und, so FPÖ-Sozialsprecher Marco Triller, im Jänner dieses Jahres befanden sich exakt 2.388 Asylwerber in der Grundversorgung, darunter gerade einmal 32,37 Prozent Frauen. „Während uns medial Frauen und Kinder als notleidende Flüchtlingsfamilien vorgeführt werden, haben in Wahrheit hauptsächlich junge Männer im Sozialstaat Österreich Schutz gesucht. Davon gerade einmal drei Prozent aus Syrien“, korrigierte Triller das „Asylmärchen aus tausendundeiner Nacht“.

## „Wir lassen uns von den Grünen das Auto nicht madig machen!“

Hofers Abrechnung mit Schwarz-Grün am „Rieder Aschermittwoch“

Beim traditionellen „Politischen Baschermittwoch“ der FPÖ in Ried im Innkreis sparte FPÖ-Chef Norbert Hofer nicht mit Kritik an der Bundesregierung.

In der mit 2.000 Besuchern randvoll gefüllten Jahn-Turnhalle in Ried rührte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz die Werbetrommel für die FPÖ-Kampagne gegen die GIS-Gebühren mit einem Seitenhieb auf den „ZIB2-Starmoderator“ des ORF: „Wir wollen nicht, dass der ‚böse Wolf‘ das Sagen am Königberg hat.“

## OBERÖSTERREICH



Bestens gelaunte Aschermittwoch-Runde: Hofer und Haimbuchner

## Dach- und Koalitionsschäden

Nicht weniger deftig konterte Oberösterreichs Landespartei-Obmann Manfred Haimbuchner auf den „Faschingsscherz“ eines Privat-TV-Chefs, der den Auftrittsort als „Adolf-Hitler-Halle“ bezeichnet hatte: Der Herr habe bei den Stürmen der letzten Tage wohl einen

„gehörigen Dachschaden“ erlitten. Die theatralische Selbstdarstellung der schwarz-grünen Koalition mangels vorzeigbarer Reformmaßnahmen nahm FPÖ-Chef Norbert Hofer aufs Korn: „Im Theater werden gute Schauspieler schlecht bezahlt.“

Der frühere Verkehrsminister brach in der Pendlerregion Innviertel eine Lanze für den Individualverkehr: „Wir werden uns von den Grünen das Auto nicht madig machen lassen, es ist ein Stück Freiheit, das wir uns nicht nehmen lassen.“

## BURGENLAND



## Alibi-Aktion vor LK-Wahl

Bauern-Demonstrationen gegen die Marktmacht der Handelskonzerne hat der Bauernbund-Chef und Landwirtschaftskammerpräsident Johann Mößler bisher als „Maßnahmen auf Gewerkschaftsniveau“ abgelehnt, getreu der ÖVP-Doktrin: Der Markt mache die Preise, nicht die Politik.



Karacsony: Fragwürdige Alibi-Aktionen des Bauernbundes.

Unter diesem Gesichtspunkt wertete der Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft Burgenland, Thomas Karacsony, die jüngsten Demonstrationen als „Eingeständnis einer verfehlten ÖVP-Agrarpolitik“, aber mit falschem Schluß: „Den Sinn der Demonstrationen, die ausschließlich vor den Zentralen der Handelskette ‚Spar‘ stattfanden, die als erste auf das AMA-Gütesiegel gesetzt und damit ein klares Bekenntnis zur österreichischen Landwirtschaft abgegeben hat, muss Mößler einmal erklären.“

Dürfen die anderen Handelskonzerne unter Duldung des Bauernbundes weiter Schleuder-Aktionen auf dem Rücken der Bauern durchführen, wunderte sich Karacsony: „Der Bauernbund sollte eigentlich vor der Bauernbund-Zentrale demonstrieren, denn diese hat die Abschaffungen der Milchquote, der Mutterkuhprämie sowie der Diesell-Rückvergütung zugelassen!“

## VORARLBERG

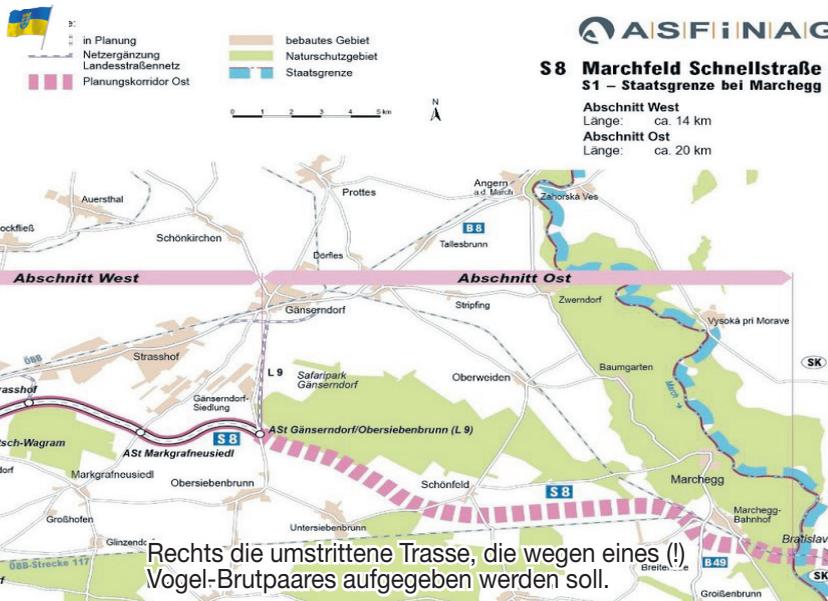


Christof Bitschi

## FPÖ-Druck zum Breitbandausbau

Die Bereitstellung einer funktionierenden digitalen Infrastruktur ist ein wichtiger Eckpfeiler für eine erfolgreiche Zukunft Vorarlbergs. „Es muss daher der flächendeckende Ausbau mit zukunftsfähigem Breitband in ganz Vorarlberg vorangetrieben werden“, skizzierte FPÖ-Klubobmann Christof Bitschi die Intention der im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Landtages einstimmig angenommenen FPÖ-Initiative. Denn von den bisher vergebenen 470 Millionen Euro an Fördermitteln des Bundes landeten lediglich sechs Millionen in Vorarlberg.

NIEDERÖSTERREICH



Udo Landbauer  
FPÖ-Landesparteiobmann Niederösterreich

Eine Handvoll Berufsqerulanten haben es geschafft, die für die Ostregion so wichtige Verbindungsstraße S8 zu Fall zu bringen. Der für den Naturschutz zuständige Sachverständige hat sein positives Gutachten – in dem er das Projekt S8 als unbedenklich eingestuft hat – im Zuge der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht zurückgezogen, wodurch laut zusätzlicher Erkenntnisse die Umweltverträglichkeit nicht mehr gegeben sein soll. Vorgeschobener Grund: ein Vogel Namens Triel.

# ÖVP muss Koalitionspartner zur Vernunft bringen!

Niederösterreichs Grüne wollen Marchfeld-Schnellstraße verhindern

**Müssen wegen des grünen Aufschreis um ein Vogel-Brutpaar 18.000 Niederösterreicher weiterhin unter der Durchzugsverkehrs-Hölle leiden?**

„Es kann nicht sein, dass eine Handvoll Berufsqerulanten die rund 18.000 betroffenen Anrainer, die jeden Tag diese Verkehrshölle erleben müssen, in Geiselschaft nehmen und dieses wichtige Infrastruktur-Projekt mit Hilfe eines offensichtlich verwirrten Gutachters verhindern“, empörte sich Niederösterreichs FPÖ-Verkehrssprecher Dieter Dorner in der letztwöchigen

Landtagssitzung zum Bau der Marchfeld-Schnellstraße (S8). Denn der für den Naturschutz zuständige Sachverständige hat sein zuerst selbst erstelltes positives Gutachten im Begutachtungsverfahren völlig unmotiviert zurückgezogen.

**Ball liegt bei Koalition**  
Angeblich gefährde die S8 die Fortpflanzungsstätte des Vogels Triel. Nun brüte dieser Triel-Vogel in einer Schottergrube, die aber aus bergbaurechtlichen Gründen spätestens Ende dieses Jahres sowieso renaturiert werden muss, erläuterte Dorner.

FPÖ Landesparteiobmann Udo Landbauer begrüßte die von ÖVP, SPÖ und FPÖ beschlossene Aufforderung an die Bundesregierung, sich zu dem Projekt zu bekennen und so schnell wie möglich mit dem Bau zu beginnen.

Landbauer wies darauf hin, dass damit nun der Ball beim ÖVP-Bundeskanzler und seiner grünen Verkehrsministerin liege: „Jetzt kann Kanzler Sebastian Kurz zeigen, was vom türkis-blauen ‚Reformkurs FÜR Österreich‘ an ihm hängen geblieben ist, oder ob die ÖVP schon bedingungslos vor dem grünen Öko-Kurs kapituliert hat.“

# Herkunftskennzeichnung

Viele Konsumenten machen sich in der aktuellen Situation rund um die Ausbreitung des Coronavirus Sorgen, weil Medienberichten zufolge Fleisch und Lebensmittel aus China und Italien unter Umständen infektiös sein könnten.

„Die durchgängige Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln ist eine langjährige Forderung der freiheitlichen Bauern. Sie bietet dem Konsumenten Sicherheit und Transparenz vor dem Einkaufsregal“, betonte der Obmann der Freiheitlichen Bauern Oberösterreichs,

Landwirtschaftskammerrat Franz Graf. Denn bei der derzeit mangelhaften Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln im Handel sei für den Konsumenten nicht eindeutig erkennbar, woher die Inhalte des Produktes stammen.

Graf: „Die Österreicher haben sich Sicherheit und Transparenz bei den Lebensmitteln verdient. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert, dies endlich so umzusetzen, wie wir Freiheitlichen es ins türkis-blaue Regierungsprogramm hineinreklamieren haben!“

OBERÖSTERREICH



Graf: Herkunftskennzeichnung schafft Sicherheit beim Einkauf.

## Triel-Paar statt Straße?

Dieser Triel brütet dort und würde sich angeblich durch die S8 gestört fühlen, behaupten die Vogelversteher der Bürgerinitiativen. Randnotiz: Es brüten dort nicht 2.000 Vögel, nicht 200, sondern gerade einmal 2! In Worten: zwei!

Es ist daher ein ausgewachsener Schildbürgerstreich, deswegen die S8 abzusagen. Die Freiheitlichen halten jedenfalls am Projekt Marchfeld-Schnellstraße fest, weil diese Schnellstraße für die Menschen in der Region schlicht notwendig ist. Die Lebensqualität unserer Bevölkerung, der Familien und Kinder in der Region sind mit Sicherheit wichtiger als ein einziges Vogelpärchen, das ohnehin nicht bei uns heimisch ist.

Der Landtag hat in seiner vergangenen Sitzung mit überwältigender Mehrheit (FPÖ, ÖVP und SPÖ) für die S8 votiert. Damit hat Bundeskanzler Kurz ein Problem mit seiner mächtigsten Landesorganisation. Jetzt kann er zeigen, ob er auf der Seite der Bevölkerung steht, oder ob sein grüner, realitätsfremder Koalitionspartner in der Verkehrspolitik bereits das Zepter übernommen hat.

GEZWITSCHER



Steinhoefel

@Steinhoefel



Meines Erachtens ist es gar nicht so neu, dass die CDU „die Ausgrenzung linker Ideen korrigiert“.

22. Feb. 2020 12:47

Klare Analyse des Niedergangs der CDU unter Angela Merkel als ehemals „konservative“ Partei.

Lukas E. Dörr

@lukdoerr



Ihr seid eine einzige Enttäuschung. Euer Versagen ist nicht in Worte zu fassen.

2. März 2020 23:07

Die ersten grünen Enttäuschten, weil die Grenzen für moslemische Einwanderer noch nicht offen sind.

TELEGRAM



Türkei: Was es nun braucht...

Graphic with Turkish flag and bullet points: Flüchtlingsdeal beenden!, EU-Beitrittsverhandlungen beenden!, Assoziierungsabkommen beenden!

GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

03.03.2020

Der ORF ist in Österreich allen bekannt. Doch viele Zahlen und Fakten werden oftmals gerne verschwiegen bzw. sind bis dato nicht zu den Zwangsgebührenden durchgedrungen...

Graphic with Euro symbols and text: ... der ORF pro Jahr über eine Milliarde Euro an Budget hat? Fast zwei Drittel davon kommen über die GIS-Zwangsgebühren.

362 Personen gefällt das.

Beim Geld endet der Informationsauftrag des ORF. Daher springt hier FPÖ-TV ein und sagt es Ihnen.

Und wieder sind nur Familien mit Kindern auf der Flucht

Wie 2015 verdrehen die Medien die Fakten über die „Flüchtlinge“

Egal ob in den Zeitungen, bei den Schlagzeilenbildern im Fernsehen: Immer sind darauf Familien mit Kindern zu sehen, nicht die aggressiven jungen Männer.

Die Medien haben aus ihren Fehlern der Masseneinwanderung 2015 nichts gelernt. Schon damals berichteten sie über Flüchtlingsfamilien mit Kleinkindern...

Verdrehte Geschichten

Und bei dem vom türkischen Staatschef Erdoğan gestarteten Erpressungsversuch das gleiche Bild in Zeitungen und TV - und ein völlig anderes in griechischen Medien.



Bevorzugtes Flüchtlingsmotiv: Familie mit Kleinkind.

Kindern umgehen, entlarvt ein Mobilfunk-Video: Zwei Männer halten die Gesichter zweier Kinder in die Rauchfahne eines Lagerfeuers...

Detto das Aufheulen über das erste Todesopfer: Ein Kleinkind

stirbt, weil junge Männer das Boot zum Kentern bringen, um von der griechischen Küstenwache gerettet zu werden.

Kein Wunder, die Medien sind von den „Anti-Fake-News-Gesetzen“ ausgenommen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Den im Koalitionspakt inkludierten „Krisenfall“, sich die beiden Koalitionsparteien andere Partner für eine Mehrheit zu einem bestimmten Thema suchen können, sieht der „Kurier“ in der sich anbahnenden Massenzuwanderung



bereits heraufziehen. Während die Grünen „Frauen und Kinder“ hereinlassen wollen, lehnt die ÖVP dies ab.

Auch bei einem anderen Thema droht Schwarz-Grün Schiffbruch zu erleiden. Die „Wiener Zeitung“ präsentierte eine ernüchternde Bilanz zur „Asylberechtigten-Jobbörse“.



800 abgelehnten Asylwerbern eine Lehrausbildung ermöglicht, suchen an die 30.000 anerkannte Asylanten

noch immer einen Arbeitsplatz. Elf extra von der ÖBB angebotene Jobs wollten die Asylwerber nicht, ebenso solche außerhalb der Mindestsicherungswohlgefühlzone Wien.

Der ORF bastelt eifrig an der Wiederholung der Massenzuwanderung von 2015, zumindest in der „ZiB2“. Am Dienstag werden zwei Jungflüchtlinge präsentiert, denen die Griechen angeblich Geld und Handys abgenommen haben.

Die Grünen werden als Opfer ihres Koalitionspartners hingestellt, weil dieser den Vorschlag ablehnt, „zumindest Frauen und Kinder“ nach Österreich hereinzulassen.



GISBÄRS TV-NOTIZ

noch immer nicht am Arbeitsmarkt angekommen ist, sondern sich im von den Österreichern finanzierten Sozialstaat festgesetzt hat.

Vollkommen skurril nimmt sich das Verständnis Wolfs und Van der Bellens für den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan aus: Obwohl der das „Flüchtlingsabkommen“

von Anfang an nicht eingehalten hat, soll ihm das versprochene Geld überwiesen werden. Dass Erdogan beginnend mit der Unterstützung des IS und dann mit seiner Invasion in Nordsyrien samt Vertreibung der dortigen Kurden an dieser Fluchtbewegung hauptverantwortlich ist, wird als Nebensache abgetan.

Ja, der syrische Präsident der mit Hilfe der Russen das von den Türken besetzte Gebiet vollkommen legitim wieder unter Kontrolle des syrischen Staates bringen will, ist jetzt der Schuldige. Propaganda für Erdogan wie aus dem türkischen Staatsfernsehen übernommen. Und das bezahlen die Österreicher mit der GIS. Machen wir Schluss damit!

# Mittelmaß an der einst ersten deutschsprachigen Bühne

## „This is Venice“, ein Machwerk am Burgtheater

Freilich, englisch ist der Titel, was sonst. Ist ja auch, sogar doppelt, von einem gar nicht unbedeutenden Engländer. Sein Name ist Shakespeare, und das sogenannte Theaterstück ist sogar zweimal von ihm. Ein Shakespeare ist gut, wie gut also müssen erst zwei Shakespeare-Stücke sein, in einem!

Othello und der Kaufmann von Venedig, Desdemona und Shylock, da stept das Pferd!

Wer ist der Täter? Es sind deren zwei. Muriel Gerstner (die auch fürs Bühnenbild zeichnet) und Elisabeth Bronfen (eine sogenannte Kulturwissenschaftlerin), unterstützt vom Komplizen Sebastian Nübling (dem Regisseur). Letzterem dürfte leid tun, dass erst wenige Tage nach der Premiere das Auftauchen des Aurora-Virus in Venedig bekannt wurde. Auch da hätte er einhaken können. Wie schade. Nicht zu vergessen ist Herr Lars Wittershagen, der für die „Musik“ (viel Dröhnen und Wummern) verantwortlich ist.

### Reif für die Entsorgung

„Ihr redet unendlich viel Müll“ sagt eine der Figuren, Antonio, und verwendet dabei hörbar echten

Shakespeare-Text. Lametta oder ähnliches Zeug ist als Dekoration gedacht, und die Zeiten, da der Vorhang aufging und das Publikum begeistert die Kulisse beklatschte, dürften endgültig vorbei sein.

Später erstreckt sich über die unermüdlich sich drehende Drehbühne eine unsäglich gestreckte Rialto-Brücke über die Bühne.

Ganz kann ich der Aussage, dass die guten Schauspieler nix dafür können, wenn einem das Stück auf die Nerven geht, nicht beipflichten. Können sie sich denn nicht endlich gegen das Regietheater zur Wehr setzen und derlei einfach nicht spielen?

Natürlich brauchen sie ihre Gagen, und der Gedanke des Herrn oder der Frau A, dass im Falle ihrer Ablehnung Herr oder Frau B spielen würden, mag stimmen. Solidarität der Schauspieler? Ist vermutlich, wie Solidarität insgesamt, ein frommer Wunsch.

### „Buh“ ist ausgestorben

Den Zuschauern bliebe eh nur ein schwaches Buh, aber die sind an den Unfug schon so gewöhnt, dass der ohnehin schwache Protest ungehört bleibt.



Zwei Shakespeare-Stücke zu einem „zusammengeknüppelt“.

Also gehen die Mimen ans Werk, lassen sich komisch anziehen, rennen, wenn's der Regisseur so will, im Kreis und glauben ans Programmheft, in dem steht, dass hier „das Zusammenführen der schönsten Shakespeare-Figuren“ stattfindet und dass sie „an den dunklen Abgründen des Kampfes um Geld und Macht zermahlen werden“.

Man vergebe mir die Nicht-Nen-

nung der Namen der Darsteller, sie sind wie gesagt weitgehend unschuldig.

Schuldig? Prüfungsfrage: Nennen Sie einige Namen von Burgtheater-Direktoren! Äh – Hugo Thimig, Anton Wildgans, Ernst Haeussermann, Raoul Aslan, Erhard Buschbeck, Paul Hoffmann, Achim Benning, Gerhard Klingenberg - - - ja, und Martin Kusej... *Herbert Pirker*

## Lotto Bonus-Ziehung mit 1 Mio. Extra am 13. März

Einmalige zusätzliche Lotto Runde mit Millionärs-Garantie und Überraschungs-Moderatoren

Freitag, der 13. ist an sich schon ein Datum, das niemanden kalt lässt. Am Freitag, den 13. März 2020 wird's aber besonders heiß, denn es gibt eine Premiere bei Lotto „6 aus 45“: Anlässlich dieses besonderen Datums gibt es erstmalig und einmalig eine zusätzliche Lotto Ziehung an einem Freitag. Sie nennt sich Lotto Bonus-Ziehung und gliedert sich in den bekannten Ziehungsrhythmus ein. Das heißt: Entsteht am Mittwoch davor ein Jackpot, so wird er bei der Bonus-Ziehung am Freitag ausgespielt. Entsteht bei der Bonus-Ziehung ein Jackpot, kommt er am darauffolgenden Sonntag zur Ausspielung.

Für (zumindest) einen Lotto Fan wird dieser spezielle Freitag, der 13. jedenfalls ein Glückstag, denn unter allen bei der Bonus Ziehung mitspielenden Tipps wird einmal 1 Million Euro extra verlost. Somit gibt es sozusagen ein Millionärs-Garantie am Freitag, den 13. (es sei denn, die Extra-Million entfällt auf einen Anteilsschein, in diesem Fall wird sie auf mehrere Spielteilnehmer gemäß ihren Anteilen aufgeteilt).

Annahmeschluss für diese einmalige Bonus-Ziehung ist am Freitag, den 13. März um 18.30 Uhr, die Ziehung erfolgt dann um 18.47 Uhr und wird live in ORF 2 ausgestrahlt. Die Bonus-Ziehung umfasst übrigens nicht nur „6 aus 45“, sondern auch den Joker, LottoPlus und TopTipp. Moderiert wird diese besondere Ziehung übrigens von den beiden Dancing Stars Silvia Schneider und Norbert Oberhauser.

Überdies verlosen die Österreichischen Lotterien anlässlich der Bonus Ziehung über ihre Website [www.lotterien.at](http://www.lotterien.at) noch dreimal 1 Jahr Lotto gratis. Die Anmeldung zum Gewinnspiel ist über <http://bit.ly/Gewinnspiel-Bonus> möglich.



## Einfach praktisch – die Lotterien App

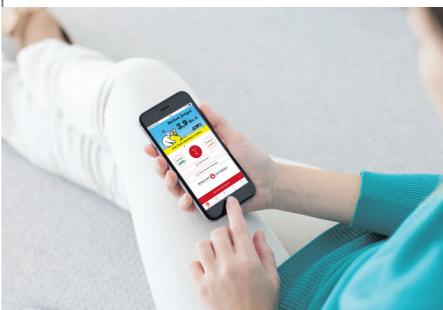
Jederzeit mobil Lotto, LottoPlus, Joker und EuroMillionen spielen

Es gibt viele Möglichkeiten, um an den Spielen der Österreichischen Lotterien mit seinen Lieblingstipps teilzunehmen. Eine einfache und bequeme Art bietet die Lotterien App: Denn hier können alle, die älter als 18 Jahre sind, jederzeit mobil Lotto, LottoPlus, Joker und EuroMillionen spielen. Ob im Café, unterwegs oder von zu Hause. Normal- und Systemtipps sind ebenso möglich wie Quicktipps. Das Guthaben für die integrierte „Glücksbörse“ ist nur bei Vertriebspartnern der Österreichischen Lotterien erhältlich.

So geht's: Man wählt in der App die Höhe des gewünschten Betrags, lässt den vom System generierten Barcode in der Annahmestelle einscannen und bezahlt direkt vor Ort. Oder man nutzt die Möglichkeit, Prepaid-Guthaben in Form eines EuroBons zu kaufen.

Übrigens: Am Freitag, den 13. März wartet bei Lotto erstmalig eine Bonus-Ziehung. Eine tolle Gelegenheit, seine Tipps mobil abzugeben und sich die Extra-Million per Lotterien App zu holen.

Jetzt App downloaden: <http://bit.ly/Die-Lotterien-App>



**FPO** Die Freiheitlichen Münzkirchen

# Münzkirchner PREIS SCHNAPS

„mit rücken“

**Samstag, 14. März 2020**  
**19:00 Uhr · Münzkirchen**  
**Gasthaus Glas Hofwirt · Dobl 1**

**1. Preis: 200€ in Bar**  
**2. Preis: 100€ in Bar**  
 & viele weitere Sachpreise

**TOLLE PREISE**

erhältlich bei:  
 Allen Münzkirchner  
 FPO-Gemeinderäten

**VORVERKAUFS PREIS € 10,-**

**PREISSCHNAPS**  
 FPO MÜNZKIRCHEN  
 Samstag, 14. März 2020  
 19:00 Uhr · Münzkirchen  
 Gasthaus Glas Hofwirt  
 Vorverkaufspreis: € 10,-

Abendkasse: € 12,-



# WEG MIT DEN ORF-ZWANGSGEBÜHREN

Der ORF verliert seit Jahren Seher und Marktanteile. Auch bei den Reichweiten legt der öffentlich-rechtliche ORF seit Jahren eine Talfahrt hin. Nicht einmal jeder zwei Österreicher (48,1%) nützt täglich das Angebot des ORF. Nicht gesunken sind allerdings die ORF-Gebühren! Im Gegenteil: In den letzten 20 Jahren gab es eine Verteuerung der GIS-Gebühr um unglaubliche 37% Prozent! 6.371 Millionen Euro wurden 2018 allein durch die Zwangsgebühr eingenommen.

## Die Position der FPÖ

Die Freiheitlichen kämpfen seit Jahren für die Abschaffung der GIS-Gebühr. Unter Türkis-Blau war die Abschaffung der GIS-Gebühren als Teil der ORF-Reform vorgesehen. Die neue schwarz-grüne Regierung hat nunmehr ein Bekenntnis zur GIS-Gebühr abgelegt. Das will die FPÖ nicht so einfach hinnehmen. Unterschreiben auch Sie unsere Petition „Weg mit den ORF-Zwangsgebühren“.

Name	Adresse	Geb. Datum	Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Petition „Weg mit den ORF-Zwangsgebühren“ verarbeitet werden. Diese Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.

**Unterschriften bitte an:**  
Freiheitliche Partei Österreich  
Friedrich-Schmidt-Platz 4, 1080 Wien